

Mit Hammer und Strick

Wo verbrachte Erich Honecker die letzten Kriegswochen? Der SED-Chef hat bisher keine eindeutige Klärung der Frage zugelassen, ob er von den Sowjets im Zuchthaus Brandenburg befreit wurde.

Festakt im Havel-Städtchen Brandenburg zum „30. Jahrestag der Befreiung des faschistischen Zuchthaus Brandenburg-Görden“, 80 000 Teilnehmer. Auf der Rednertribüne erinnert sich SED-Chef Erich Honecker: „Unvergessen bleibt die Begeisterung, mit der wir die Sowjetsoldaten in die Arme schlossen.“

sen. Was die beiden Behördenleiter seinerzeit über die Beteiligung des BND an der BfV-Zentralkartei vereinbart hatten, kam den Eschenburg-Kommissaren „wie ein Staatsvertrag“, nicht aber wie eine praktikable, auf Effektivität zielende Vereinbarung vor. Schüler: „Was beim Guillaume-Fall alles erst mühsam beim BND und beim Bund freiheitlicher Juristen ausgegraben werden mußte, hätte man durch Knopfdruck haben müssen.“

„Per ordre de mufti“ (Schüler) wiesen daher Kanzleramt und Innenministerium kürzlich die Dienste an, alle sicherheitsrelevanten Daten spätestens dann dem Kölner Computer anzuvertrauen, wenn zum erstenmal von einem „Vorgang“ gesprochen werde. Faustregel: „Im Zweifel eher rein als draußen lassen.“

Während der letzten Wochen wurden auch alle Landesämter für Verfassungsschutz, das Gesamtdeutsche Institut in Berlin (als Nachfolge-Institution der freiheitlichen Juristen) und die Bonner Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamtes an die Kölner Kartei angeschlossen. Mit ihren Bildschirmempfängern können alle diese Dienststellen gewünschte Daten direkt in Köln abfragen.

Die Entscheidung, wann und in welchen Fällen den Aufklärern Aufträge erteilt werden dürfen, soll in Zukunft gleichfalls nicht mehr allein dem Belieben des jeweiligen Dienst-Herrn, aber auch nicht mehr den Eingebungen minder kompetenter Referenten in Bonner Ministerien überlassen bleiben. Zu oft passierte es, daß BND-Leute oder Verfassungsschützer sich ein Aufklärungs-Objekt eigener Wahl besorgten und sich dann in Bonner Ministerien passende Auftraggeber suchten. Umgekehrt bedachten Bonner Beamte Spezialisten mit vagen und folglich sinnlosen Langzeitaufträgen, etwa mit „Recherchen über Afrika“ oder der Sammlung von noch dazu allgemein zugänglichen Erkenntnissen über Flugmedizin.

Nach der neuen Kommando-Struktur müssen alle Ermittlungsaufträge, die den BND erreichen, dem Kanzleramt weitergemeldet werden. Die Bonner Zentrale hat das Recht, gegen einzelne Aufträge ein Veto einzulegen. Reformier Schüler: „Ich möchte, daß der Dienst die Fragestellung der Regierung aufgreift und nicht wild in der Gegend herumrecherchiert. Da muß es einen Dialog geben.“

Auch in der Personalpolitik will der Kanzleramts-Chef neue Methoden einführen. Eine Experten-Kommission prüft derzeit, wie Angehörigen von BND, BfV oder MAD Wechsel und Aufstieg in andere Behörden ermöglicht werden kann. Dies gilt ganz besonders für die sogenannten „verbrannten Agenten“, also für operativ eingesetzte Geheimdienstler, die vom Gegner entart wurden und folglich für die Weiterbeschäftigung in den Diensten

nicht mehr geeignet sind. Bisher scheiterte ihr Wechsel in andere Zweige des öffentlichen Dienstes meist am Mißtrauen von Behördenleitern. Schüler: „Man findet das zwar interessant und sieht zur Not auch ein, daß wir Dienste brauchen. Doch wenn es darauf ankommt, einen Mann einzustellen, geht eine Jalousie runter.“

Der Staatssekretär möchte deshalb auch für Geheimdienstler ein Verfahren einführen, das beim Bundesgrenzschutz bereits gut funktioniert. Es verpflichtet die Behörden, eine bestimmte Quote ausscheidender Grenzschilder zu übernehmen. Überdies soll nach Schülers Plänen der Einstieg eines Ex-Agenten in eine neue Laufbahn künftig nicht länger daran scheitern, daß der Umschüler vielleicht nicht alle norma-



SED-Chef Honecker in Brandenburg*: Unvergessene Begeisterung

len Prüfungskriterien des öffentlichen Dienstes erfüllen kann.

Der Bonner Geheimdienst-Koordinator hält erweiterte Fürsorge zugunsten ehemaliger Nachrichtenleute schon deshalb für „ eminent wichtig“, weil nicht zuletzt von den „beruflichen Aussichten einer Geheimdienst-Laufbahn die Qualität des Nachwuchses“ abhängt. Denn nur die wenigsten Ehemaligen können es sich leisten, auf Weiterbeschäftigung zu verzichten und sich in vorzeitigen Ruhestand zu begeben — wie Verfassungspräsident Günther Nollau.

Der Kölner Ober-Detektiv, während der Untersuchungen im Guillaume-Ausschuß ins Zwielficht geraten, hat die Bundesregierung wissen lassen, daß er sich bereits Mitte dieses Jahres zur Ruhe setzen möchte — zwölf Monate, ehe er die Altersgrenze erreicht.

Tatsächlich aber ist bis heute unklar, ob Brandenburg-Häftling Honecker, vom NS-Volksgeschichtshof wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ im Juni 1937 zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, dabei war, als am 27. April 1945 die sowjetischen Befreier die Zuchthausstore öffneten. Ex-Mithäftlinge, die sich noch an den kommunistischen Jugendfunktionär von der Saar, der auch als Arzt-Kafaktor Dienst tat, erinnern können, wollen wissen: „In den letzten Wochen war der Honecker-Erich nicht mehr in Brandenburg.“

Wera Küchenmeister, eine Parteil-Schriftstellerin, stützt diese Version. Sie schrieb bereits 1969 unwidersprochen über Honeckers letzte Kriegswochen: „Er erlebte sie in unserem Hause“ in Berlin. Dagegen hatte der damalige FDJ-Chef schon 1954 — wie jetzt bei

* Bei der Feier zum „30. Jahrestag der Befreiung“.

der Befreiungsfeier — in einem Brief an Jungwähler behauptet, er sei „ins Zuchthaus Brandenburg verschleppt“ worden, „wo mich 1945 die Soldaten der ruhmreichen Sowjetarmee befreiten“.

Diese Lesart bestätigte einige Jahre später das DDR-„Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer“ auch dem früheren FDJ-Funktionär und späteren westdeutschen Honecker-Biographen Heinz Lippmann. Lippmann aber hielt sich an Wera Küchenmeister, die berichtet hatte, daß dem Häftling Anfang März 1945 die Flucht von einem Zuchthaus-Außenkommando gelungen sei.

Honeckers Vergangenheits-Retusche erklärt Lippmann so: Die mit der illegalen Partei-Leitung des Zuchthaus nicht abgestimmte Flucht von einem Außenkommando hätte die im Knast arbeitenden KP-Zellen erheblich gefährden können. Nach 1945 sei deshalb gegen Erich Honecker ein Parteiverfahren eingeleitet, jedoch mangels Beweisen eingestellt worden. Lippmann: „Dennoch wollte Erich Honecker später an diese Episode nicht gern erinnert werden, denn er war immerhin von der Parteizentrale wegen seines undisziplinierten Verhaltens gerügt worden.“

Erst im vergangenen Jahr unternahm dann ein SED-Genosse den Versuch, die beiden unterschiedlichen Versionen, wie Honecker das Kriegsende erlebte, miteinander zu versöhnen. Erich Hanke, 64, gelernter Maurer und später Marxismus-Professor in der DDR-Hauptstadt, beschrieb in seinen „Erinnerungen eines Illegalen“ die gemeinsame Flucht von einem Handwerker-Außenkommando.

Dieser Häftlingstrupp hatte den Auftrag, Bombenschäden in Berlin zu beseitigen. Zunächst noch täglich vom Zuchthaus abgeholt und abends dorthin zurückgebracht, wurde er später fest im Berliner Frauengefängnis in der Barnimstraße stationiert. Als diese Kolonne etwa Mitte 1944 in der Nähe des Potsdamer Platzes eine Dachreparatur durchzuführen hatte, empfahl Hanke dem Kommandoführer und SS-Hauptsturmführer Seraphin „einen guten Fachmann, er heißt Honecker“.

Die gemeinsame Zwangsarbeit unter anderem am halbzerstörten Volksgerechtigthof ließ den Maurer Hanke rasch die „hervorragenden Qualitäten“ des Dachdeckers Honecker erkennen: „Bescheidenheit, Sinn für Gerechtigkeit, die Fähigkeit, für das Wohl des Volkes jedes persönliche Opfer zu bringen. Mut, Willenskraft und Energie“ beeindruckten ihn ebenso wie die „große Intelligenz“ und „das umfangreiche Wissen“ des Leidensgefährten. Die beiden Genossen beschlossen, „vom Kommando zu fliehen“.

Eine günstige Gelegenheit ergab sich am 6. März. Mit einem Maurereimer, in dem ein Meißel, ein Hammer, ein



KP-Funktionär Honecker (1935)
Großes Glück im Unglück

langer Strick und die Tagesration Brot steckten, flüchteten Hanke und Honecker aus dem Frauen-Jugendgefängnis in der Lichtenberger Magdalenenstraße — heute Domizil des DDR-Staatsicherheitsdienstes.

Die erste Nacht verbrachten sie in einem halb verschütteten Keller am Belle-Alliance-Platz. Die gelben Streifen ihrer Zuchthausmontur hatten sie zuvor umgenäht. Am nächsten Tag half ihnen eine Genossin aus Neukölln weiter, und am 9. März beschlossen sie, sich vorläufig zu trennen.

„Etwa 14 Tage später“, so erinnert sich Hanke, also um den 23. März herum, „geriet Erich wieder in die Hände der faschistischen Justiz. Er hatte aber großes Glück im Unglück. Er wurde ins Zuchthaus Brandenburg-Görden gebracht und überlebte. Als die Sowjetarmee nach Brandenburg vorstieß, schlug auch für ihn die Befreiungstunde.“

Obwohl Hanes Darstellung der Wahrheit offenbar näher kommt als Honeckers eigene Aussagen, läßt sie mehr Fragen offen, als sie beantwortet. Zum Beispiel: Wieso geriet Honecker „in die Hände der Justiz“ und nicht, was in diesen letzten Kriegstagen — zumal bei einem entflohenen Hochverräter — wahrscheinlicher gewesen wäre, in die der Gestapo? Und weshalb wurde er nicht einfach liquidiert, sondern nach Brandenburg zurückgeschickt?

Die neuen Ungereimtheiten mögen denn auch die drei DDR-Autoren des jüngsten Brandenburg-Buches („Gesprengte Fesseln“) davon abgehalten haben, die Fluchtgeschichte überhaupt zu erwähnen. Statt dessen heißt es in diesem Bericht des „Arbeitsausschusses der ehemaligen politischen Gefangenen des faschistischen Zuchthaus Brandenburg-Görden“ lapidar: „Genosse Erich Honecker war 1944 und 1945 ...

mit anderen Gefangenen der Baukolonne in Berlin eingesetzt... Diese Baukolonne, und mit ihr Erich Honecker, kam einige Tage vor dem Zusammenbruch des Faschismus wieder ins Zuchthaus zurück.“

Politischer Opportunität und damit den heutigen Machtverhältnissen in der DDR fühlten sich die Berichterstatter auch an anderer Stelle verpflichtet. So wird mit keiner Silbe die Widerstandsarbeit des Brandenburg-Häftlings Robert Havemann erwähnt, der für seine Genossen einen Kurzwellenempfänger baute, täglich zwei Exemplare der illegalen Zeitung „Der Draht“ tippte und in seinem Knast-Labor Schwelkerzen und Sprengsätze für einen geplanten Aufstand herstellte.

Im Erinnerungsbuch unterschlagen, durfte Havemann, der 1964 wegen seiner Kritik am DDR-Sozialismus seinen Ost-Berliner Lehrstuhl verlor und aus der SED ausgeschlossen wurde, folgerichtig auch am diesjährigen Festakt nicht teilnehmen.

„Ich selbst“, offenbarte Max Frenzel, Mitautor der „Gesprengten Fesseln“, dem einstigen Zuchthauskameraden Havemann am Telefon, „habe im Komitee dafür gesprochen, dich nicht einzuladen, weil du dich von unserer Sache losgesagt hast.“ Andere „alte Brandenburger“, so Havemann, fänden allerdings, „daß das bei so einer Sache doch nicht zählt: Da zählt nur, was damals war, und das war in Ordnung“.

Bei den früheren Befreiungsfeiern hatten nicht einmal Politbüro-Mitglieder Einwände gegen die Anwesenheit des alten Kampfgefährten. Vor zehn Jahren noch ließ der Vorsitzende des DDR-Volkswirtschaftsrates, Alfred („Alf“) Neumann, den kurz zuvor zum Partei-Schädling erklärten Havemann an seinen Tisch bitten, um mit ihm ein Glas Wein auf die gemeinsam erlittene Zuchthaus-Zeit zu leeren. Und Neumanns Tischnachbar, der stellver-



Widerstandskämpfer Havemann
„Da zählt nur, was damals war“

treten Spionage-Chef Hans („Hanne“) Fruck, erfuhr lebhaften Widerspruch, als er den Herbeigerufenen abkanzelte: „Hier bei den alten Brandenburgern wirst du mit deinen Ideen keinen Anklang finden, Robert.“

Inzwischen wurde Havemann, Gründungsmitglied des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer, aus der Mitgliederliste gestrichen.

ATOMKRAFTWERKE

Zwerg mit Qualität

Der Mülheimer Kraftwerk Union – bisher fast stets von den US-Multis abgehängt – scheint der Einbruch in den Weltmarkt zu gelingen.

Zu Biblis im hessischen Kreis Bergstraße, wo die Weschnitz in den Rhein mündet und die Wahl der Gurkenkönigin Höhepunkt des Jahres ist, hatte Brasiliens Bergbau- und Energieminister Shigeaki Ueki eine Vision.

Vor der imposanten Reaktorkuppel des Kernkraftwerks „Biblis A“, der mit 1200 Megawatt größten Atomstromanlage der Welt, kam dem südamerikanischen Staatsgast der Gedanke an ein gigantisches Kooperations-Projekt.

Mit Hilfe der deutschen Industrie will sich das zu wirtschaftlicher Großmacht aufsteigende Land eine nukleare Infrastruktur aus einem Guß aufbauen – von der Urangewinnung bis zum Bau von Kernkraftwerken.

Nach dem vorletzte Woche vom Bundeskabinett gebilligten Regierungsabkommen sollen deutsche Firmen in den



Atomkraftwerks-Kunde Ueki
Vision an der Weschnitz

nächsten Jahren acht Atomkraftwerke nach Brasilien liefern.

Den dicksten Brocken dieses größten Exportgeschäfts in der Geschichte der Bundesrepublik – Preis je Kernanlage: rund 1,5 Milliarden Mark – dürfte sich die Mülheimer Kraftwerk Union (Gesellschafter: je zur Hälfte Siemens und AEG) schnappen. Sollte das anspruchsvolle Projekt die bald beginnenden Experten-Verhandlungen überstehen, wird den Kraftwerksbauern endlich jener Einbruch auf dem Weltmarkt glücken, an den sie selbst kaum noch zu glauben wagen.

Denn wie in kaum einer anderen Branche liefern sich die führenden in-

ternationalen Anbieter – zumeist im Bündnis mit ihren Regierungen – einen unerbittlichen Konkurrenzkampf.

Vor allem gegen die Phalanx der amerikanischen Multis General Electric und Westinghouse kamen die erst 1969 gestarteten Deutschen nur langsam ins internationale Atomgeschäft. Auf den Export jedoch sind die Mülheimer Kraftwerker und ihre rund 350 Zulieferer angewiesen: Von den sechs Anlagen, die sie jährlich bauen können, sind bis auf weiteres nur drei im Inland abzusetzen, für die übrigen drei müssen die KWU-Manager ausländische Auftraggeber finden.

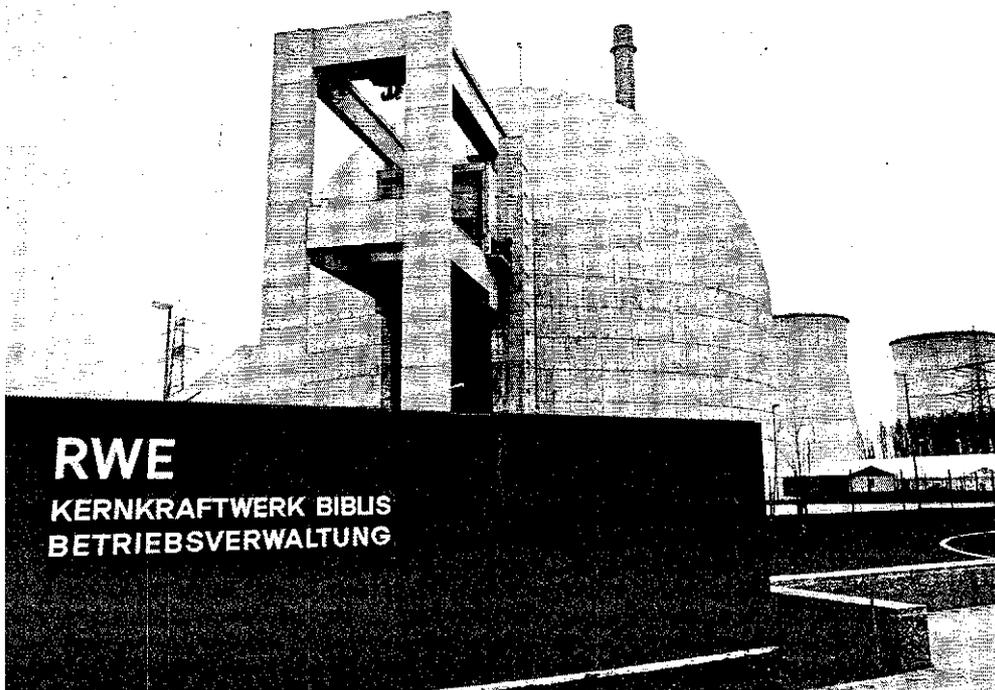
Bei seinem Drang nach draußen mußte KWU-Chef Klaus Barthelt arge Fehlschläge hinnehmen. So setzte er in Frankreich, dem wichtigsten westdeutschen Kunden, bis heute nicht ein einziges Atomkraftwerk ab.

„Dasselbe wie in Frankreich“ erlebte Barthelt auch in England und Italien. Bis heute warten die Mülheimer auf das Startsignal zum Bau eines bereits vor fast vier Jahren ausgehandelten konventionellen Kraftwerks bei Rom. Die KWU-Bosse fürchten, daß ihr Projekt – ähnlich wie der Plan zur Einführung des deutschen Farbfernseh-Verfahrens Pal – in der römischen Filzokratie verkommt. Ehrgeizigere Pläne hat KWU-Barthelt abgeschrieben: „Auf nuklearem Gebiet haben wir von vornherein keine Chancen.“

Ausgetrickst wurden die Deutschen auch in Spanien. Ein als sicher angenommener Auftrag der katalanischen Versorgungsgesellschaft Fecca fiel in letzter Minute an Westinghouse. Für weitere Aufträge sorgten die cleveren US-Bosse selbst: Sie beteiligten sich an mehreren Stromversorgungs-Firmen und untermauerten ihre Allmacht überdies durch den Bau von spanischen Zulieferer-Werken und einer Fabrik für Brennelemente.

Gar zu gern pochen die potenten US-Multis auf ihre bis heute nahezu ungebrochene Monopolstellung bei der Belieferung mit Kernbrennstoff, wenn es lästige Konkurrenten auszustechen gilt. Um bei der Ausschreibung für die beiden ersten Kernkraftwerke im Iran mit den Amerikanern mithalten zu können, mußten die KWU-Manager bereits im Vorgriff Urananreicherungs-kontrakte vorweisen. Diesmal mit Erfolg: Am Ende erhielten die Deutschen den Zuschlag.

Die beiden nächsten Atommeiler dürfen freilich die Franzosen bauen: Premierminister Jacques Chirac hatte bei seiner Schah-Visite im letzten Dezember kaum etwas unversucht gelassen, den Deutschen im Iran-Geschäft den Rang abzugeben und Vorvereinbarungen über drei weitere Kraftwerke mitzunehmen. Barthelts Vorstandskollege Hans Hirschmann: „Die Franzosen sind so lange im Lande geblieben, bis sie den Auftrag hatten.“ Auf



KWU-Kraftwerk Biblis: Durchbruch gegen die US-Multis?